

US-Dollar offizielle Währung

Die UN Transitional Administration in East Timor (UNTAET) erklärt den US-Dollar als offizielle Währung für die Dauer der UN-Mission. Diese Entscheidung ist im Nationalen Beratungsrat (NCC) mit Zustimmung der Vertreter des osttimoresischen Widerstandes (CNRT) getroffen worden. Dies hat zur Folge, dass alle offiziellen Transaktionen, einschließlich der Bezahlung von Löhnen, Steuern und anderen Zahlungen im öffentlichen Sektor in US-Dollar erfolgen müssen.

Als Grund für die Wahl des US-Dollar wurde Osttimors Abhängigkeit von internationalen Transfers (IWF, Entwicklungshilfe, Investitionen) genannt. Die Optionen Rupiah sowie Escudo wurden wegen der Instabilität der ersten und der

Absorption des Escudo in den Euro abgelehnt, eine Entscheidung, die auf Widerstand von portugiesischer Seite stieß. Portugal hatte sich für den Escudo als Währung eingesetzt und die Übernahme der Zahlungsbilanzdefizite auf fünf Jahre hin angeboten.

Die Einführung des Dollars wird im Hinblick auf die nationale Souveränität des Inselstaates als problematisch erachtet. So verbiete sie die Möglichkeit einer eigenständigen Finanzpolitik, da Geldangebot, Zins und Wert der Währung in Washington entschieden würden, gab ein CNRT-Mitglied zu bedenken.

Schließlich markiert der US-Dollar seit Ende der indonesischen Hoheit einen Klassenunterschied, wird er doch ausschließlich in der »Elitenwirt-

schaft« verwandt. Osttimoresen hingegen sind weiterhin auf den Rupiah angewiesen und haben keine Chance, an der Dollar-Wirtschaft teilzunehmen.

Unterdessen begann der Internationale Währungsfond (IWF) mit der Einrichtung einer zentralen Finanzstelle sowie einer zentralbankähnlichen Institution, die innerhalb der nächsten fünf Monate ihre Tätigkeit aufnehmen sollen. Der IWF-Beauftragte Shigemitsu Sugisaki nannte als wichtigste Aufgabe die Gewährleistung ausreichender Liquidität, sowohl mit US-Dollar als auch Rupiah. Die indonesische Währung, so wird erwartet, wird weiterhin eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft Osttimors spielen.

vgl. AFP, 23.2.2000

Militär beschuldigt

Die indonesische Untersuchungskommission für Menschenrechtsverletzungen (KPP HAM) bestätigt in ihrem Bericht zu den Ereignissen in Osttimor Menschenrechtsverletzungen und bezeichnet das indonesische Militär als mitverantwortlich. Führende Generäle, darunter Militäarchef Wiranto, werden der Mittäterschaft beschuldigt und sollten vor ein Gericht gestellt werden. Die Kommission sowie Präsident Wahid lehnen jedoch ein internationales Tribunal ab und bestehen auf der Durchführung eines Prozesses in Indonesien.

Generalstaatsanwalt Marzuki Darusman bekräftigte, dass die

Ergebnisse der Kommission einen Prozess nach sich ziehen würden, an dem auch internationale Richter teilnehmen könnten. Jedoch müsse Indonesien die Chance bekommen, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Diese Position vertritt auch der UN-Sicherheitsrat, der in seiner Reaktion auf den UN-Untersuchungsbericht und die indonesischen Äußerungen die Bemühungen für eine interne Lösung unterstützt. Allerdings müsste ein Prozess internationalen Standards entsprechen und möglichst bald stattfinden.

Gesetzliche Grundlage bei der Durchführung des Prozes-

ses wäre ein von Experten gezeichneter Gesetzentwurf, der dem Parlament noch in diesem Monat vorgelegt werden soll. Dieser Entwurf fordert die gesetzliche Gleichbehandlung von Personen, die Menschenrechtsverletzung erlaubt bzw. geduldet haben mit den eigentlichen Tätern. Gleichzeitig ermöglicht eine Klausel die Verfolgung von Straftaten, welche noch vor der Verabschiedung des Gesetzes begangen worden sind. Bei Verabschiedung der Vorlage wäre der Weg frei für eine Verurteilung der Militärführer.

vgl. Jakarta Post, 3.2., 4.2.2000;
AP, 24.2.2000

Im Dialog mit Malaysia

Osttimors Führung stattete Malaysias Ministerpräsidenten Mahathir einen Besuch ab, um die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu normalisieren. Ramos-Horta kritisierte Malaysia im letzten Jahr für seine Zurückhaltung während der Gewalttätigkeiten und seine an den Westen gerichteten Anschuldigungen, Osttimors Unabhängigkeits-

bestrebungen anzustiften. Beide Staaten sehen einem warmen Verhältnis entgegen, so der malaysische Außenminister Syed Hamid. Malaysia werde Osttimor in seinen Entwicklungsbemühungen und dessen Antrag auf Gewährung des Beobachterstatus innerhalb der ASEAN unterstützen.

vgl. AFP, 8.2.2000

UN fordert Hilfe

UN-Verwalter Sergio Vieira de Mello drängt in einem Bericht an den UN-Sicherheitsrat auf zusätzliche materielle Hilfe der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau Osttimors. Konkret sichtbare Aktivitäten seien unbedingt notwendig, um Arbeitslosigkeit (80 %), Armut, steigende Kriminalitätsraten und Bandenkriminalität zu bekämpfen, sagte de Mello.

nachrichten

Internationales Tribunal gefordert

Die UN-Untersuchungskommission Osttimor hat ihren Bericht über die Ereignisse nach dem Referendum vorgelegt. In diesem bestätigt sie die direkte Rolle des indonesischen Militärs bei Terror, Einschüchterung, Vertreibung und Mord. Die Kommission verlangt die Einrichtung eines internationalen Tribunals, zusammengesetzt aus osttimoresischen, indonesischen und internationalen Richtern, um die Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Ein indonesisches Tribunal, so die Vorsitzende der Kommission, Sonia Picado, sei nicht in der Lage, dem osttimoresischen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie plädiert daher für die Einsetzung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission nach südafrikanischem Vorbild. Weitere Forderungen des Berichts beinhalten die Rückkehr der Flüchtlinge sowie die Entwaffnung der Milizen.

vgl. BBC, 29.1.2000; Bericht:
<http://www.un.org/News/press/docs/2000/000129.un001001.htm>

or_report.htm

Des Weiteren plädierte er für die Wiederaufnahme des politischen Dialoges zwischen Unabhängigkeits- und Autonomiebefürwortern. Besonders letzteren müsse eine angemessene politische Präsenz gewährt werden, nicht zuletzt um den Hardline-Milizen die politische Basis zu entziehen.

vgl. Sydney Morning Herald, 5.2.2000